

für Mitglieder und Freunde der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit in Hameln
Redaktion: Hans – Georg Spangenberg

1. Juden und Christen – in den deutschsprachigen Ländern

- **Der Zentralrat der Juden erhält in Zukunft mehr staatliche Zuschüsse.** Die Bundesregierung und der Zentralrat einigten sich auf eine Verlängerung des 2003 abgeschlossenen Staatsvertrags. Mit dessen Unterzeichnung wird eine Anhebung der staatlichen Finanzhilfe von drei auf fünf Millionen Euro im Jahr beschlossen. Dieter Graumann, stellvertretender Präsident und Finanzdezernent des Zentralrates, beurteilte diesen Beschluss als „ganz großen Schritt“. Durch die Zuwanderung von rund 200 000 Juden aus Osteuropa und der ehemaligen Sowjetunion seit 1990 seien die organisatorischen Anforderungen an den Zentralrat viel größer geworden. Deshalb werde, wie mit der Bundesregierung verabredet, ein Großteil des zusätzlichen Geldes für eine Personalaufstockung verwendet werden. (faz 3.3.2008)
- **Hitlers willige Vollstrecker im Auswärtigen Amt.** Die Diplomaten des Auswärtigen Amtes waren tief in Hitlers Verbrechen verstrickt. Wie eine noch von Ex-Außenminister Joschka Fischer eingesetzte Historiker-Kommission jetzt bestätigt, war das Amt die zentrale Behörde des Nazi-Regimes. Unter Joachim von Ribbentrop war das Amt maßgeblich an der Endlösung beteiligt. Manchmal bestätigen Kommissionen nur, was man bisher schon wusste oder ahnte. Das Auswärtige Amt war viel tiefer verstrickt in die Verbrechen des Dritten Reiches, als das über Jahrzehnte hinweg von den standes- und traditionsbewussten Diplomaten zugegeben wurde – so lautet das Zwischenergebnis einer Historikerkommission, die von dem früheren Außenminister Joschka Fischer berufen wurde und unter dessen Nachfolger Frank-Walter Steinmeier im August 2006 ihre Arbeit aufgenommen hat. (shoa.de Newsletter 25. Februar 2008)
- **Vatikan: Jüdische Irritationen „nicht abtun“.** Irritationen auf jüdischer Seite wegen der Karfreitags-Fürbitte für den alten Messritus sollte man „nicht als Ausdruck von Überempfindlichkeit abtun“. Das schreibt Kardinal Walter Kasper in einem Beitrag für die Frankfurter Allgemeine Zeitung. Allerdings helfe in dieser Situation nur eine ehrliche Auseinandersetzung weiter, so der Präsident des Päpstlichen Einheitsrates, in dessen Zuständigkeit der katholisch-jüdische Dialog fällt.
„Lasst uns auch beten für die Juden, dass unser Gott und Herr ihre Herzen erleuchte, damit sie Jesus Christus als Retter aller Menschen erkennen.“ So lautet die von Benedikt XVI. neu formulierte Karfreitags-Fürbitte für die Juden im alten, „außerordentlichen“ Messritus von 1962, den der Papst vor einigen Monaten rehabilitierte. Nicht wenige jüdische Organisationen stoßen sich an dieser Formulierung, die eigentlich eine Besserung gegenüber der früheren Version darstellen sollte. Kardinal Kasper schreibt, dass nicht nur Juden, sondern auch viele Katholiken die frühere Fassung als „anstößig“ empfunden hätten.
Freilich hätten auch die neuen Formulierungen zu neuen Irritationen geführt. Diese seien „auf jüdischer Seite weithin nicht rational, sondern emotional begründet“, beobachtet Kasper. Er warnte davor, die Irritationen als Ausdruck von Überempfindlichkeit abzutun. „Kollektive Erinnerungen an Zwangskatechesen und Zwangsbekehrungen“ seien bei vielen Juden nach wie vor lebendig; sie betrachteten eine „Judenmission“ deshalb als existenzbedrohend. So bedürfe es im jüdisch-christlichen Verhältnis noch immer eines hohen Maßes an Sensibilität. Die eigentlich kontroverse Frage lautet für Kasper, ob Christen für die Bekehrung von Juden beten sollen und ob es eine Judenmission geben kann. In dem neu formulierten Gebet sei zwar nicht von „Bekehrung“ die Rede, sehr wohl allerdings komme das Wort in der – unverändert gebliebenen – Überschrift der Fürbitte vor. Viele Juden hätten den neuen Text „mit der Brille dieser Überschrift gelesen, was die beschriebenen Reaktionen hervorrief“.
Kasper hebt in seinem Text für die Zeitung den Unterschied zwischen einer „gezielten und organisierten Mission“ einerseits und christlichem Zeugnis andererseits hervor. Der Ausschluss der gezielten Judenmission bedeute nämlich nicht, dass die Christen die Hände in den Schoß legen sollten. Selbstverständlich sollten sie dort, wo es angebracht ist, Zeugnis geben von ihrem Glauben. Es wäre „unredlich“, wenn Christen „bei der Begegnung mit jüdischen Freunden von ihrem Glauben schweigen oder ihn gar verleugnen würden“.
Kasper weist überdies darauf hin, dass der Papst die Karfreitagsfürbitte im alten, nicht jedoch im neuen Ritus von 1970 verändert habe. Das zeige, dass die Kirche mit der neuen Formulierung

nicht hinter das II. Vatikanische Konzil zurückgehe. - Das nachkonziliare Römische Messbuch von 1970 hat nach Anordnung des Papstes als „ordentlicher“ Usus zu gelten. Die dort formulierte Karfreitagsfürbitte führt auf jüdischer Seite nicht zu Irritationen. Die überwiegende Mehrheit der römisch-katholischen Gläubigen sowie auch Benedikt XVI. selbst feiert den Gottesdienst nach dem neuen Messbuch. (faz/rv 21.03.2008)

Charlotte Knobloch hat die vom Papst neu formulierte Karfreitags-Fürbitte für die Juden abermals scharf kritisiert. Sie gehe davon aus, dass es keinen weiteren Dialog mit dem Vatikan geben kann, solange dieser an der Fürbitte in der Liturgie nach „altem Usus“ festhält. „Implizit ist in der Karfreitagsfürbitte ein subtiler Aufruf zur Missionierung der Juden enthalten den ich als arroganten Affront auffassen muss und der einen klaren Rückschritt im christlich-jüdischen Dialog bedeutet, zitierte die israelische Zeitung „Jerusalem Post“ Knobloch. Für den jüdischen Erziehungswissenschaftler Micha Brumlik aus Frankfurt bedeutet der Text der neuen Karfreitags-Fürbitte laut „Jerusalem Post“ keine neue Welle des Antisemitismus. Er festige aber „Haltungen traditioneller Katholiken, wonach Juden weniger befähigt seien und finstere Herzen hätten.“ Kardinal Lehmann nennt derweil die Vorwürfe gegen die Karfreitags-Fürbitte „schlechthin unbegründet“. Er könne „beim besten Willen keinen Aufruf auch nur zu einer indirekten Judenmission entdecken“, schreibt der Mainzer Bischof in seiner Bistumszeitung. Von der Wertschätzung des Judentums werde durch den Text kein Jota zurückgenommen.

2. Aus der jüdischen Welt – Israel

- **Gestiegen** ist die Zahl der jährlichen Einwanderer aus Nordamerika: von 1 848 im Jahre 2000 auf 3 190 im Jahr 2007
- **60,000 christliche Pilger** werden in Israel zur Weihnachtszeit 2007 erwartet - ein Anstieg von 50% gegenüber dem Jahr 2006 (ILI News 15.12.2007)
- **Bereits im dritten Jahr** weist die israelische Wirtschaft einen Haushaltsüberschuss auf. 8 Mrd. USD bedeuten einen neuen Rekord. Inflationsrate: nahe 0%. Arbeitslosigkeit: auf 7,4% gesunken. Prognostiziertes Wirtschaftswachstum für 2007: sagenhafte 6%.
- **Kein Visum** brauchen Touristen aus Russland und israelische Touristen, die Russland besuchen. Die Regelung gilt in beiden Ländern ab sofort. Ohnehin stieg die Zahl russischer Touristen innerhalb eines Jahres um 76% - von 46.000 auf 77.000.
- **Im Libanon leben offenbar nicht einmal mehr hundert Juden.** Das hat ein Journalist von L'Orient le jour bei einer Recherche herausgefunden. Noch im Jahr 1948, dem Jahr der Staatsgründung Israels, hätten allein in Beirut noch ca. 20.000 Juden gelebt. Doch die Tatsache, dass sie in der Öffentlichkeit immer mehr mit Israelis gleichgesetzt wurden, habe sie im Lauf der Jahrzehnte zermürbt und zur Abwanderung gedrängt. Die meisten libanesischen Juden seien nicht in das Nachbarland Israel gezogen, sondern nach Frankreich, Italien, in die USA und nach Kanada. (apic 11.2.2008)

„**Friedensbrief von Muslimen an Juden weltweit**“. Islam-Lehrer des Zentrums für Islamisch-Jüdische Beziehungen (CMJR) haben einen Friedensbrief an die jüdische Welt geschickt. Sie wollten damit Frieden, Dialog und gegenseitiges Verstehen fördern und beim Bau von Brücken zwischen Juden und Muslimen helfen, heißt es in dem Schreiben, das das Zentrum mit Sitz in Cambridge auf seiner Webseite veröffentlichte. Demnach kam der Brief mit der «Unterstützung von Islam-Lehrern weltweit» zustande, was allerdings nicht weiter spezifiziert wird. Präsentiert wurde der Brief von dem muslimischen Intellektuellen Tariq Ramad. Der Brief versteht sich den Autoren zufolge «als eine Geste des guten Willens». Viele Juden und Muslime in der Welt stünden sich mit Wut und Ärger gegenüber, was sich vielerorts auch in Gewalt entlade. Sie, die Autoren, seien aber überzeugt, dass es sich nicht um einen «Zusammenstoß der Zivilisationen» handele, sondern um einen «Zusammenstoß von Missverständnissen aufgrund schlechter Information». Dem müsse man auf der Ebene von Lehre, Wissenschaft und praktischem Dialog begegnen. Cambridge (kna 29.02.2008)